

## **Harald MOLLERS, Minister für Bildung und wissenschaftliche Forschung**

### **Ausschusssitzung vom 07.12.2017**

Interpellation von Herrn F. Cremer

Thema: Politische Bildung in den Primar- und Sekundarschulen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft

---

Es gilt das gesprochene Wort!

---

### Antwort

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,  
Werte Kolleginnen und Kollegen,

Politische Bildung ist ein weiter Begriff.

Unter dieser Bezeichnung lassen sich viele Themen subsumieren.

In der öffentlichen Debatte, aber auch im Hinblick auf konkrete Maßnahmen zur Förderung politischer Bildung ist es daher wichtig, ein gemeinsames Verständnis von politischer Bildung zu entwickeln.

Ich bin der Auffassung, dass bei der Vermittlung politischer Bildung eine Vielzahl von Aspekten zu berücksichtigen sind und befürworte daher ein sehr weites Verständnis von politischer Bildung.

Die historische Bildung und die Staatsbürgerkunde stellen wesentliche Elemente der politischen Bildung dar.

In einer globalisierten Gesellschaft reicht das Wissen über die regionale, nationale und europäische Geschichte und über die Funktionsweise unserer Demokratie, die Parteien und das Wahlsystem nicht aus, um sich als mündiger Bürger aktiv an der Gestaltung der Gesellschaft zu beteiligen und verantwortungsbewusste Entscheidungen zu treffen.

Unsere Kinder und Jugendlichen sind nicht nur Staatsbürger, sie sind Weltbürger.

Um die vernetzte Gesellschaft, in der sie leben zu begreifen, müssen sie sich mit Asyl- und Wirtschaftspolitik, mit Migration, Interkulturalität, Gender und Inklusion auseinandersetzen. Sie sollen befähigt werden, ihren Beitrag zu einer gerechten, solidarischen, weltoffenen und nachhaltigen Gesellschaft zu leisten.

Die Schulen stehen dabei vor der Herausforderung, dass sie die Schüler auf das eigenverantwortliche Leben in unserer Gesellschaft vorbereiten müssen, während sich die beruflichen und gesellschaftlichen Anforderungen an sie rasant verändern.

In der politischen Bildung kommt es in erster Linie auf die Förderung der Kritikfähigkeit, Urteilsfähigkeit und Mündigkeit der Schüler an.

Wesentlich ist dabei, dass sie eine Haltung, Werte und Vorstellungen entwickeln, die zur gesellschaftlichen Teilhabe und zum friedlichen Miteinander beitragen und auf die sie sich in Krisenzeiten besinnen können.

Zur politischen Bildung gehören auch die Entwicklung von Eigensinn und die Befähigung zur gesellschaftlichen Partizipation und zu verantwortungsbewusstem Handeln.

Dies setzt voraus, dass Schüler nicht nur Wissen anhäufen, sondern in der Lage sind,

- Manipulation und Verführung zu widerstehen;
- demokratische Mittel zu nutzen, um ihre Interessen und Ansichten zu vertreten
- und komplexe Zusammenhänge zu verstehen.

So muss politische Bildung z.B. in Bezug auf das Thema Globalisierung den Zusammenhang zwischen der Steigerung des Wohlstands, dem ökonomischem Wachstum, der

zunehmenden Bedeutung der Finanzmärkte, der Erhöhung des Energieverbrauchs usw. aufzeigen.

An diesem Beispiel zeigt sich die Komplexität der Aufgabe, da zur Erfassung eines Phänomens gleichzeitig soziale, ökologische und ökonomische Aspekte berücksichtigt werden müssen.

Globalisierung, Armut, demografischer Wandel, Erderwärmung und Artensterben können nicht losgelöst voneinander betrachtet werden.

Ähnlich verhält es sich mit Themen wie Gentechnik, wo naturwissenschaftliche und ethische Aspekte zum Tragen kommen.

Gerade weil die Themen der politischen Bildung so komplex sind und aus unterschiedlichen Perspektiven unter Berücksichtigung zahlreicher Aspekte betrachtet werden müssen, bin ich der Meinung, dass die politische Bildung unserer Kinder und Jugendlichen nicht im Rahmen eines Faches, sondern nur interdisziplinär erfolgen kann.

Ich teile die Befürchtung, dass die Einführung eines Faches Bürgerkunde dazu führen könnte, dass andere Lehrer ihrer Verantwortung nicht nachkommen.

Auch besteht bei der Einführung eines Faches das Problem, dass Themen der politischen Bildung abhängig von der jeweiligen Ausbildung des Lehrers einseitig fachspezifisch betrachtet werden.

Wie soll denn auch ein einziger Lehrer so unterschiedliche Themen wie soziale Gerechtigkeit, nachhaltige Entwicklung, Geschlechtsidentität, Ressourcenverteilung, Kolonialismus, Euthanasie, Bioethik, Datenschutz, Klimawandel, Menschenrechte, Schuldenkrise etc. fachkundig beherrschen?

Und selbst wenn es solch einen allwissenden Lehrer geben würde, wie soll er den Schülern all diese Themen in einem ein- oder zweistündigen Fach vermitteln?

Die Frage, wie politische Bildung in Schulen am besten gelingt, stellt sich dabei auch unabhängig von der Frage, ob sie im Rahmen eines Faches oder fächerübergreifend vermittelt werden soll.

Kinder und Jugendliche benötigen gerade in der politischen Bildung erlebnisorientierte Lernformate, die ihre Lebenswelten berücksichtigen.

Dies kann z.B. in Form von Plan- und Rollenspielen, von sozialem Lernen, Service Learning (Ehrenamt lernen) und Schülervertretungen erfolgen.

Es ist Auftrag von GrenzGeschichteDG, diese Formen des Lernens auf der Grundlage eines zu erarbeitenden Kompetenzmodells in allen Schulstufen zu fördern.

Darauf komme ich später zu sprechen.

Neben der Wissensvermittlung muss die gelebte Partizipation gefördert werden. Dabei gilt grundsätzlich, dass das Alter für die Beteiligungsform eine Rolle spielt, nicht aber für die Beteiligung als solche.

So kommt den Kindergärtnern und Primarschullehrern zunächst die Aufgabe zu, die Möglichkeit zur Beteiligung zu definieren.

Diese ist je nach Bereich unterschiedlich groß, denn den Kindern sollten nur dort Entscheidungsrechte eingeräumt werden, wo sie direkt betroffen sind und die Auswirkungen einschätzen können.

Im Kindergarten besteht die vor-politische Bildung zunächst darin, demokratische, respektvolle Umgangsformen zu üben und soziale und emotionalen Kompetenzen zu fördern.

Dies ist im Aktivitätenplan für die Kindergärten in den Fachgebieten „Psychomotorik“ und „Weltorientierung“ bereits vorgesehen.

Bei einem weiten Verständnis von politischer Bildung sind also schon jetzt im Kindergarten viele Ansätze der vor-politischen Bildung zu finden.

In der Grundschule ist es zudem die Aufgabe der Pädagogen, Interesse an Partizipation und die Begeisterung für bestimmte Themen zu wecken und mit den Kindern in einen offenen Dialog zu treten.

Dazu gibt es bewährte strukturierte Partizipationsformen, die in den ostbelgischen Grundschulen teilweise bereits erfolgreich eingesetzt werden, z.B. Morgenkreise, Kinderkonferenzen oder Kinderräte, bei denen gewählte Kinder für die gesamte Gruppe Themen bei der Klassen- oder Schulleitung ansprechen. Zudem sind zahlreiche Schulen im Bereich des interkulturellen Dialogs sehr aktiv.

Viele Grund- und Sekundarschulen organisieren darüber hinaus Besuche außerschulischer Lernorte, dazu gehören Gebetsstätten, politische Institutionen wie Parlamente, aber auch historische Orte und Gedenkstätten.

Die Implementierung der politischen Bildung in den Sekundarschulen ist unterschiedlich weit vorangeschritten.

Dabei setzen die Schulen eigene Schwerpunkte.

So befasst sich das RSI seit circa 15 Jahren mit dem Thema nachhaltige Entwicklung und beabsichtigt, ein Curriculum zur politischen Bildung zu erarbeiten.

Auch die BS hat sich letztes Jahr dazu entschlossen, das Thema nachhaltige Entwicklung zum Schwerpunkt ihres Schulprojekts zu machen und systematisch als Leitmotiv für den Unterricht aufzubauen.

Es wurden 17 Ziele der Nachhaltigkeit erarbeitet und festgelegt.

Ein Projekt nennt sich z.B. Courant d'air.

Die Schüler sollen den Energieverbrauch der Schule ermitteln und Vorschläge zur Verbesserung machen.

Durch die Organisation der Sprachlernklassen ergeben sich in den betroffenen Schulen zudem weitere Themen der politischen Bildung.

Zum Abbau von Vorurteilen haben die Schüler der BS z.B. Flüchtlingskinder interviewt, dazu soll eine Broschüre herausgegeben werden, die auch an alle anderen Schulen verteilt werden soll.

An der BS wurden im Rahmen eines Pilotprojekts zur Förderung von kompetenzorientierten Unterrichtsmethoden in der Altersklasse der 13-14-Jährigen die Unterrichtsstunden für Deutsch, Erdkunde, Ethik und Religion zusammengelegt (Projekt „Heute für morgen“).

So sollen die Schüler Zeit für Projektarbeit haben.

In Kleingruppen erarbeiten sie sich Themen selbstständig, darunter auch Themen der politischen Bildung.

So hat eine Gruppe ein Buch über Stalking geschrieben und online verlegt, eine andere hat die Weiße Rose thematisiert, Endprodukt ist in dem Fall ein Flyer mit Warnungen vor dem heutigen Populismus.

Am Athenäum in Eupen stärkt man durch Lehrer-Schüler-Gespräche die Stimme der Jugendlichen.

Dort legt man zudem Wert darauf, dass die Schülervvertretung sich in den dafür vorgesehenen Gremien an Entscheidungen beteiligt und sich nicht nur auf die Organisation des Abschlussballs konzentriert.

Auch die PDS achtet auf die Einbindung der Schülervvertretung in den Pädagogischen Rat. Die Schulen müssen offenbar noch Überzeugungsarbeit leisten, damit die Schüler wirklich von ihrem Mitspracherecht Gebrauch machen.

An der PDS wird über eine Steuererhebung bei den Schülern diskutiert, damit der Schülerrat über ein eigenes Budget verfügt.

Sie sehen, die politische Bildung in den Sekundarschulen im Sinne gelebter Partizipation findet in den Sekundarschulen durch die Arbeit der Schülervvertretungen und diverse Projekte statt.

Zahlreiche Aspekte politischer Bildung sind zudem bereits in den **Rahmenplänen** verankert und werden in unterschiedlicher Ausprägung im Unterricht aufgegriffen. Beispielhaft seien hier einige Inhalte erwähnt:

- Die kritische Auseinandersetzung mit der Aktualität und mit Medieninhalten sowie mit Werten und Normen im Fach Deutsch,

- die Bildung und die Verteidigung der eigenen Meinung und der Umgang mit Interkulturalität im Sprachunterricht,
- Quellenkritik im Geschichtsunterricht,
- die Bewertung gesellschaftlicher Fragestellungen im Mathematikunterricht,
- die Auseinandersetzung mit verschiedenen Staatsformen, politischen Institutionen und Ideologien sowie mit den Rechten und Pflichten der Bürger in den Fächern Geografie, Geschichte und Ethik,
- Umweltschutz, Gentechnik, Kernkraft in Naturwissenschaften,
- Fairplay in Sport,
- Globalisierung in Geografie,
- Krisen und Konflikte in Geschichte,
- nachhaltige Entwicklung in Ethik, Geografie und Naturwissenschaften

Die Umfrage des RDJ hat gezeigt, dass gewisse Elemente der politischen Bildung fester Bestandteil des Unterrichts sind.

So gaben die meisten Schüler an, dass sie im Unterricht aufgefordert werden, sich eine eigene Meinung zu bilden.

Die Mehrheit war der Ansicht, dass verschiedene Meinungen zu einem Thema besprochen werden und dass gesellschaftspolitische Themen auf Anfrage der Schüler im Unterricht aufgegriffen werden.

Die Umfrage hat jedoch auch Mängel aufgezeigt.

So fühlten sich die meisten Schüler nicht ausreichend über gesellschaftspolitische Themen informiert, obwohl diese größtenteils in den Rahmenplänen verankert sind.

Der RDJ folgerte z.B. aus seiner Umfrage, dass Schüler „in der Analyse unterschiedlicher medialer und non-medialer Quellen“ unterstützt werden müssen und die Junge Mitte forderte nach ihrer Befragung, dass Themen wie Politik und Aktualität, Europa, das belgische Staatsgebilde, die Rolle der Gewerkschaften, die Redaktion eines Lebenslaufs, internationale Beziehungen, Globalisierung, Konflikte des 21. Jahrhunderts, nachhaltige Entwicklung, Klimaschutz, Toleranz und Werte im Unterricht mehr Berücksichtigung finden sollen.

Dabei sind diese Themen ausnahmslos in den Rahmenplänen festgeschrieben.

Die pädagogischen Referenztexte entsprechen damit weitestgehend dem Bedarf der Jugendlichen.

Dennoch kann und muss im Rahmen der Erarbeitung des Leitfadens zur politischen Bildung geprüft werden, welche Inhalte und Kompetenzen ggf. noch nicht in den Rahmenplänen berücksichtigt werden.

Die Herausforderung besteht jedoch weniger in der Ermittlung der Themen der politischen Bildung.

Diese sind, wie gesagt, größtenteils bereits in die Rahmenpläne eingeflossen.

Vielmehr fehlt bislang der rote Faden in der Vermittlung politischer Bildung.

Deshalb findet die Auseinandersetzung mit diesen Themen nicht systematisch statt und die verschiedenen Ansätze, die durchaus existieren, greifen nicht ineinander und bauen nicht aufeinander auf.

Zu dieser Schlussfolgerung kam auch Frau Dr. Lask, die neue Leiterin von GrenzGeschichteDG.

Sie hat die meisten Sekundarschulen (RSI, KAE, BS, PDS, der Termin im KAS steht noch bevor) bereits besucht, um zum einen einen Einblick in die Implementierung der politischen Bildung vor Ort zu erhalten und zum anderen den Bedarf und die Erwartungen der Schulen zu ermitteln.

Aus den Gesprächen mit den Schulleitungen zeichnet sich ab, dass es nicht an Aktivitäten im Bereich der politischen Bildung mangelt.

Vielmehr scheinen die Schulen einen Filter zu benötigen oder ein Referenzmodell, um diese Aktivitäten koordiniert und bewusst in den Unterricht einzuarbeiten.

Die Schulen wünschen sich zudem Unterstützung bei der Erarbeitung der fächerübergreifenden Curricula in interdisziplinären Teams und Weiterbildungen zur fächerübergreifenden politischen Bildung.

Außerdem muss in den Schulen durch Sensibilisierungs- und Überzeugungsarbeit das Interesse der Lehrer für diese Themen geweckt werden.

Bei den Sondierungsgesprächen hat sich herausgestellt, dass alle Schulen in irgendeiner Form an der Implementierung der politischen Bildung arbeiten.

Sie vermitteln Bürgerkunde, realisieren punktuell Schulprojekte und vereinzelte Lehrer greifen aktuelle Themen auf.

Bei vielen genießt das Thema nachhaltige Entwicklung einen besonderen Stellenwert.

*De facto* betreiben die Schulen also politische Bildung.

Diese ist jedoch nicht strukturell verankert.

Die fehlende Verknüpfung zwischen den einzelnen Ansätzen führt dazu, dass die Schüler selber nur von Projekten sprechen, ohne diese in den größeren Kontext der politischen Bildung einordnen zu können.

Genau aus diesem Grund habe ich die **Erstellung eines Leitfadens** zur politischen Bildung in Auftrag gegeben.

Auf der Grundlage dieses Leitfadens können die Schulen dann schulinterne Curricula erarbeiten, die eine kohärente Vermittlung politischer Bildung gewährleisten.

Die Erarbeitung des Leitfadens wird voraussichtlich zwei Jahre dauern.

Er soll neben Kompetenzerwartungen und Inhaltskontexten pro Stufe auch Querverweise auf die Kompetenzen aus den Fachrahmenplänen und Links zu Angeboten, außerschulischen Lernorten, Handreichungen etc. beinhalten.

Zur Erarbeitung des Leitfadens wird wie bei der Erstellung der Rahmenpläne eine Arbeitsgruppe gebildet.

Die Vertreter des Fachbereichs Pädagogik, der drei Unterrichtsnetze und der Abteilung GrenzGeschichteDG werden den Leitfaden unter wissenschaftlicher Begleitung ausarbeiten.

Bei der Erarbeitung des Leitfadens sollen die bestehenden Elemente von politischer Bildung in den Rahmenplänen verdeutlicht werden.

Gleichzeitig sollen fehlende Kompetenzen und Inhalte aufgenommen werden.

Der Leitfaden wird unter Federführung des Fachbereichs Pädagogik erarbeitet.

GrenzGeschichteDG wird inhaltliche Zuarbeit leisten und die Implementierung der politischen Bildung in den Schulen fachkundig begleiten.

Das Ziel ist es, die Schulen darin zu unterstützen, die bereits in den Rahmenplänen verankerten Themen der politischen Bildung verstärkt aufzugreifen, da der Unterricht dem Interesse und Bedarf der Schüler an politischer Bildung noch nicht genügend entspricht.

GrenzGeschichteDG wird zwei Pilotschulen in ihrem Prozess der fächerübergreifenden Implementierung politischer Bildung begleiten.

Dazu wird die Abteilung, ausgehend von den thematischen Schwerpunkten, die die Schulen in der politischen Bildung setzen, konkrete Angebote ausarbeiten.

Die Erfahrungswerte werden in die Erarbeitung des Leitfadens einfließen.

Damit auch die anderen Schulen einen Nutzen aus dem Pilotprojekt ziehen können, werden in regelmäßigen Abständen Austauschtreffen organisiert, an denen alle Schulen auf freiwilliger Basis teilnehmen können.

Die Implementierung der politischen Bildung in den Schulen erfolgt also in einem partizipativen Prozess, ausgehend von den jeweiligen Begebenheiten und Schwerpunkten in den Schulen.

Natürlich werden pädagogische Referenztexte und Pilotprojekte allein die Unterrichtspraxis kaum verändern.

Deshalb habe ich GrenzGeschichteDG damit beauftragt, ein **Programm mit Unterstützungsangeboten** zu entwickeln und so die Implementierung der politischen Bildung durch konkrete Maßnahmen voranzutreiben.

Zu diesen Unterstützungsangeboten gehören u.a. Fortbildungen, Handreichungen, Animationen für Schulklassen und Kooperationen mit außerschulischen Lernorten und externen Anbietern.

Dabei sollen unsere Schulen auch von bewährten Methoden profitieren.

Damit wären wir bei den **Erfolgsmodellen**, die Sie eben ansprachen.

Es gibt in der Tat eine Reihe von Initiativen, von denen wir uns inspirieren lassen können.

So wurde das Lions-Quest-Programm, das ursprünglich von einem Serviceclub entwickelt wurde, wissenschaftlich begleitet und evaluiert.

Die Bausteine „Erwachsen werden“ und „Erwachsen handeln“ vermitteln jungen Menschen ab 10 Jahren Lebenskompetenzen wie Resilienz, Konfliktfähigkeit, Problemlösekompetenz, Selbstwirksamkeit, Empathie, Kommunikationsfähigkeit und kritisches Denken.

Ein weiteres Modell ist das Netzwerk „Schulen gegen Rassismus – Schulen mit Courage“.

Es verfolgt präventive und systemische Ansätze in der Antidiskriminierungsarbeit.

Das Ziel ist die Entwicklung einer demokratischen Alltagskultur in Schulen.

Das Projekt bietet Kindern, Jugendlichen und Pädagogen die Möglichkeit, das Klima an ihrer Schule aktiv mitzugestalten, indem sie sich bewusst gegen jede Form von Diskriminierung, Mobbing und Gewalt wenden.

Um den Titel zu erwerben, müssen mindestens 70 Prozent aller Menschen, die in einer Schule lernen und arbeiten sich mit ihrer Unterschrift dazu verpflichten, sich künftig gegen jede Form von Diskriminierung an ihrer Schule aktiv einzusetzen, bei Konflikten einzugreifen und regelmäßig Projekttag zum Thema durchzuführen.

Die Möglichkeit, dass ostbelgische Schulen dem Netzwerk beitreten, wird zurzeit von GrenzGeschichteDG geprüft.

Bei der Förderung der Verantwortung und des Miteinanders haben sich zudem Patenschaftsmodelle bewährt, die in allen Schulformen praktiziert werden können.

Ältere Schüler begleiten jüngere Schüler.

Schüler, die bereits länger eine Schule besuchen, nehmen neuankommende Schüler an die Hand.

Diese Patenschaften werden zum Teil bereits in ostbelgischen Schulen erfolgreich umgesetzt.

Die Idee beruht auf der Feststellung, dass die Übernahme von Verantwortung möglichst früh gelernt und Partizipation gelebt werden muss.

In den USA wird das „Service Learning“ praktiziert, also ein Ehrenamt, das im Rahmen des Unterrichtes ausgeführt und in der Schule reflektiert wird.

Dabei geht es nicht um einmalige Tätigkeiten, wie die Essensausgabe in einem Pflegeheim, sondern um längeres Engagement.

Die Erfahrungen werden in der Klasse ausgewertet und in größere Kontexte eingeordnet und reflektiert (bei einem Ehrenamt im Altenheim wäre dies die Sozialpolitik und die Veralterung der Gesellschaft).

Ziel beim Service Learning ist es, den jungen Menschen die Wichtigkeit von bürgerschaftlichem Engagement durch Selbsterfahrung zu vermitteln.

Für ein solches Modell müssten natürlich die nötigen Freiräume geschaffen werden.

Eine Lösung könnte in der Anpassung der Stundenpläne liegen.

Die Projektarbeit, die an der BS auf diese Weise ermöglicht wurde, zeigt, dass die Schulen bereits jetzt mit Kreativität und Flexibilität die nötigen Freiräume schaffen können.

Im Bereich der beruflichen Bildung und der Jugendarbeit würde sich eine Zusammenarbeit mit dem Netzwerk „Verstärker“ anbieten.

Es wendet sich an Akteure und Organisationen aus der Bildungs-, Jugend-, und Sozialarbeit. Das verbindende Element ist die Arbeit mit (bildungs-)benachteiligten Jugendlichen, die aufgrund ihrer Lebenswelten, Freizeitgewohnheiten und Themeninteressen mit klassischen Methoden der politischen Bildung nur schwer erreicht werden können.

Das Netzwerk bietet eine Plattform zur interdisziplinären Vernetzung und zum fachlichen Austausch, zur Qualifizierung und Beratung.

Neben der Organisation von bedarfsgerechten Fortbildungen ist es auch bei der Entwicklung von Strategien und modellhaften Projektideen behilflich.

Gerade in der **beruflichen Ausbildung** muss die politische Bildung einen Platz haben.

Dabei brauchen insbesondere Jugendliche mit sozial bedingten geringeren gesellschaftlichen und politischen Teilhabechancen besondere Angebote.

Die SINUS-Studie „Wie ticken Jugendliche?“ aus dem Jahr 2016 hat ergeben, dass sie sich zu gesellschaftspolitischen Themen anders als gleichaltrige bildungsnahe Jugendliche positionieren.

Die Studie über die Lebenswelten von 14-18-Jährigen Deutschen hat gezeigt, dass bildungsbenachteiligte Jugendliche vorurteilsbehafteter sind und eine größere Angst vor Überfremdung haben.

In der prekären Lebenswelt (bei den Jugendlichen ohne Migrationshintergrund) sind die Ressentiments gegenüber Ausländern mit Abstand am stärksten ausgeprägt.

Auch bei den Jugendlichen mit Migrationshintergrund finden sich Hinweise auf extreme politische Positionen.

Hilfreich könnten auch hier Projekte z.B. im Bereich Umweltschutz sein, die ihnen ein Gefühl von Eigenwirksamkeit verleihen und ihnen ein Verständnis dafür vermitteln, dass Engagement etwas bewirken kann.

Selbstverständlich stehen die Angebote, die GrenzGeschichteDG entwickelt, den ZAWM offen.

Frau Lask entwickelt auf Anfrage auch spezifische Angebote, die dem Bedarf und den Rahmenbedingungen der Zentren angepasst sind.

In der beruflichen Bildung, in der die Unterrichtszeit bekanntlich begrenzt ist, stehen wir vor der Herausforderung, dass gerade zeitaufwendige Formen des sozialen Lernens wie ehrenamtliches Engagement schwer zu praktizieren sind.

Es bedarf aber der Schaffung realer Erfahrungsräume für Partizipation und Selbstwirksamkeit.

Dass solche Angebote auch in den Sekundarschulen noch nicht ausreichend vorhanden sind, zeigt die Umfrage des RDJ.

Die Frage, ob ihre Lehrer die Teilnahme an Projekten wie Journalist für einen Tag, Demokratielabor, Demokracity, Rhetorika etc. ermöglichen, beantworteten die Schüler in allen drei befragten Jahrgängen mehrheitlich negativ.

Dabei werden die Partizipationsformen, die den Schülern zur Verfügung stehen, noch nicht ausreichend genutzt.

So könnte z.B. die Rolle der **Schülervertretung** gestärkt werden.

Möglich wäre auch die Organisation einer überschulischen ostbelgischen Schülervertretung. Wichtig ist, dass die Schüler reale Gestaltungsmöglichkeiten erhalten.

Wir sind dabei, die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, insofern wir zurzeit die gesetzliche Grundlage für die Mitwirkung der Schüler überarbeiten.

Wenngleich in zahlreichen Grund- und Sekundarschulen Schülervertretungen eingesetzt werden, besteht die gesetzliche Verpflichtung, Schülervertretungen zu ermöglichen, derzeit nur ab der zweiten Sekundarschulstufe.

Im Dekret lautet dies wie folgt: „Der Schulleiter ist verpflichtet, eine Schülervertretung ab der 2. Stufe des Sekundarunterrichts zu ermöglichen.“

Streng genommen, besteht derzeit also nicht einmal in den Sekundarschulen die Verpflichtung, die Schülervertretung tatsächlich zu organisieren, sondern nur, sie zu ermöglichen.

Außerdem räumt die derzeitige Regelung den Schülervertretungen lediglich ein Informations- und Beratungsrecht ein.

Um den Schülern ein wahrhaftes Mitspracherecht zu erteilen, sieht die überarbeitete Version des Artikels 55 vor, dass die Schüler in den Bereichen, die sie direkt betreffen, ein „Recht auf Mitwirkung und Mitbestimmung“ haben.

Außerdem sieht die neue Regelung vor, dass sowohl die Sekundar- als auch die Grundschulen Schülervertretungen einrichten oder zumindest, ich zitiere, „die Mitwirkung der Schüler am schulischen Leben und ihr Recht auf Mitbestimmung in gleich welcher Form“ gewährleisten.

Die Bestimmungen über die Form der Mitwirkung der Schüler und die Bereiche, in denen die Schüler ein Recht auf Mitbestimmung haben, müssen gemeinsam mit der Schülervertretung im pädagogischen Rat erarbeitet werden und im Schulprojekt einer jeden Schule verankert werden.

Besteht in einer Schule keine Schülervertretung, muss der pädagogische Rat gewährleisten, dass die Schüler bei der Erarbeitung dieser Bestimmungen in gleich welcher Form mitwirken können.

Soviel zu den Rahmenbedingungen.

Zur Partizipation der Schüler bedarf es natürlich weit mehr als einer gesetzlichen Grundlage.

Ziel ist es, die aktiv gelebte Mitbestimmung in den Schulen auszubauen.

GrenzGeschichteDG steht den Schulen auch in ihren Bestrebungen, die Schülervertretungen zu stärken, als kompetenter Ansprechpartner zur Verfügung.

An dieser Stelle möchte ich nicht unerwähnt lassen, dass ich die Schülervertreter der Sekundaroberstufe noch dieses Schuljahr zu einem Austausch einladen werde, um auch den Dialog zwischen den Jugendlichen und den politischen Entscheidungsträgern zu fördern.

Bei einer gesamtgesellschaftlichen Aufgabe wie der politischen Bildung sind **Kooperationen mit Partnern innerhalb und außerhalb Ostbelgiens** unerlässlich.

GrenzGeschichteDG arbeitet bereits jetzt mit den Bundes- und Landeszentralen für politische Bildung in Deutschland zusammen, insbesondere mit den Landeszentralen in Rheinland-Pfalz, im Saarland und in NRW.

Am 1.12. 2017 wurde zudem ein Netzwerk gegründet, das neben den genannten Partnern auch das Zentrum für politische Bildung (ZfP) in Luxemburg und das Robert Schuman Zentrum in Frankreich (bei Metz) umfasst.

Zu möglichen Partnern gehören auch die genannten Netzwerke (Verstärker; Schulen gegen Rassismus, Schulen mit Courage, Demokratie und Courage) und das Zentrum polis in Österreich.

Zu den wichtigen Partnern außerhalb Ostbelgiens gehören zudem Gedenkorte wie die Kaserne Dossin, das Forum Vogelsang oder Fort Breendonk.

Natürlich gibt es auch in Ostbelgien eine Reihe wichtiger Partner.

An dieser Stelle seien beispielhaft nur einige genannt:

- die Schulen
- Kaleido im Bereich des Konfliktmanagements, der Gesundheitserziehung und der Mobbingprävention
- Wegweiser Ostbelgien (bei Kaleido) in der Prävention von Radikalisierung
- die AHS im Bereich der Erstausbildung und der Weiterbildung; Grundlagen der politische Bildung sollen auch verstärkt im Rahmen der pädagogischen Befähigung vermittelt werden (*Frau Lask wird voraussichtlich als Dozentin den Kurs zur Interkulturalität von Marie-Thérèse Schyns übernehmen*)
- die Akteure der historischen Bildung die ja bereits privilegierte Partner der Schulen sind. Frau Lask wird im Sinne der Vernetzung in den kommenden Wochen ein erstes Treffen mit dem Zentrum für Regionalgeschichte, dem Göhlalmuseum, dem Museum der Stadt Eupen und dem Geschichtsverein Zwischen Venn und Schneifel einberufen



- die Dienststelle für selbstbestimmtes Leben im Bereich der Inklusion
  - die Schulmediotheken und das Medienzentrum im Bereich der Informations- und Medienkompetenz
  - InfoIntegration im Bereich Interkulturalität
  - das Parlament der DG
  - im Bereich Jugend die Jugendorganisationen, die offene Jugendarbeit, die Jugendinfozentren, der RDJ und das Jugendbüro
- 
- die Verbraucherschutzzentrale
  - die Gewerkschaften und Parteien
  - Anerkannte Erwachsenenbildungseinrichtungen (Landfrauenverband, KAP, Alteo...)

Gerade in der **Prävention von Diskriminierung** wie Rassismus, Sexismus, Homophobie und Antisemitismus **oder der Vorbeugung von Radikalisierung** wie Links- und Rechtsextremismus und Islamismus ist eine vernetzte Vorgehensweise unabdingbar.

Junge Menschen benötigen in der digitalisierten Welt, in der sich Fake News und Populismus rasant verbreiten, in besonderem Maße Informations- und Medienkompetenz, damit sie Fakten von Meinungen unterscheiden und Manipulation erkennen.

Um Radikalisierung vorzubeugen, müssen Kinder und Jugendliche lernen, dass ihnen Mittel zur Verfügung stehen, um ihre Bedürfnisse und Ansichten geltend zu machen.

Dazu müssen sie Selbstwirksamkeitserfahrungen machen.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang auch die Förderung der Resilienz. Radikalisierung wird oftmals ideologisch oder religiös begründet, ist jedoch häufig psychologisch motiviert.

Deshalb ist es wichtig, die psychische Widerstandsfähigkeit der Kinder und Jugendlichen zu fördern, damit sie Krisen durch Rückgriff auf persönliche und sozial vermittelte Ressourcen bewältigen und die als identitätsstiftend empfundene Zugehörigkeit zu einer radikalen Gruppe nicht als Lösung in Erwägung ziehen.

Dabei geht es also im Wesentlichen um die Stärkung der Persönlichkeit und des Selbstbewusstseins.

Im Rahmen unserer Strategie zur Vorbeugung von gewaltsamen Radikalismus, die mit zahlreichen Akteuren, u.a. aus den Bereichen Bildung, Jugend und Kultur erstellt wurde, organisiert die Wegweiser-Anlaufstelle Ostbelgien vom 16. bis zum 18. Januar 2018 eine dreitägige BOUNCE up-Ausbildung.

Das Programm „BOUNCE Resilience Tools“ basiert auf einer wissenschaftlichen Studie, die die Entwicklung verschiedener Methoden zur Stärkung der Resilienz junger Menschen gegen gewalttätige Radikalisierung untersuchte.

Es besteht aus drei Instrumenten (BOUNCE young, BOUNCE along und BOUNCE up) zur Schulung und Sensibilisierung junger Menschen und ihres sozialen Umfelds.

Diese sind miteinander verflochten und ergänzen sich.

BOUNCE up ist ein Train-the-Trainer-Instrument.

Die Fortbildung richtet sich an Lehrer, Jugendarbeiter und alle, die in ihrer täglichen Arbeit mit Jugendlichen zu tun haben.

In der Multiplikatoren-Schulung lernen die Teilnehmer u.a. die Instrumente BOUNCE young anzuwenden, die die Resilienz bei jungen Menschen stärken.

Dieses Beispiel zeigt, dass wir bereits jetzt Angebote schaffen, die Praktikern aus unterschiedlichen Bereichen wie Bildung und Jugend zugänglich sind.

Eine **Verzahnung zwischen den Aktionen aus dem Jugendstrategieplan, der Strategie gegen Radikalisierung und den Maßnahmen zur schulischen Förderung politischer Bildung** ist nicht nur möglich, sondern auch notwendig.

Das Netzwerk politische Bildung vereint Akteure aus dem Bildungs- und Jugendbereich und dient als Plattform zur Vernetzung und zum Austausch.

Es ist mein ausdrücklicher Wunsch, dass diese Zusammenarbeit auch unter der neuen Leitung von GrenzGeschichteDG fortgeführt wird.  
Der Austausch soll paritätisch stattfinden, d.h. alle Vertreter des Netzwerks sollen konkrete Vorschläge und Beiträge erbringen.  
Nicht zuletzt soll das Angebot, das GrenzGeschichteDG ausarbeitet, auch Maßnahmen enthalten, die in der Jugend- und Erwachsenenarbeit genutzt werden können.  
Dabei können einzelne Angebote, die GrenzGeschichteDG z.B. für die Jugendarbeit entwickelt, im Rahmen eines Pilotprojekts erprobt werden.

Zum Schluss möchte ich kurz auf Ihre letzte Frage zum **Zentrum für politische Bildung** eingehen.

Nach der Pensionierung des ehemaligen Leiters von GrenzGeschichteDG wurde die Leitungsstelle mit Frau Dr. Tomke Lask neu besetzt.

Frau Lask wird in ihrer Arbeit durch eine Sekretariatskraft, die teilzeitig beschäftigt ist, unterstützt.

GrenzGeschichteDG soll, wie Sie schon sagten, in ein Zentrum für politische Bildung umgewandelt werden.

Zu diesem Zweck erhält die Abteilung nächstes Schuljahr eine zusätzliche Stelle.

Das Zentrum für politische Bildung wird voraussichtlich im zweiten Halbjahr 2018 mit der Einsetzung einer Fachkommission offiziell als solches etabliert.

Dieser Fachkommission sollen u.a. Vertreter der Bundeszentrale für politische Bildung und anderer Zentren für politische Bildung angehören.

Mit der Schaffung eines Zentrums für politische Bildung verfolgt die Regierung das Ziel, die schulische und außerschulische Förderung der politischen Bildung in Ostbelgien voranzutreiben.

Für die Schulen fungiert das Zentrum dabei als Fachberatung und Schulentwicklungsberatung im Bereich der politischen Bildung.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.